Ä1 Kohlefahrplan für den Bundeskongress

Antragsteller*in: Ricarda Budke

Änderungsantrag zu A7

Von Zeile 1 bis 5:
~~Der Landesvorstand wird beauftragt, den folgenden Antrag unter dem neuen Namen "Klimaziel 2020 und 1,5 Grad Ziel einhalten, Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2025" zu überarbeiten, weiterzuentwickeln und auf dem Bundeskongress einzubringen:~~

~~http://www.gj-bb.de/wp-content/uploads/2018/03/Kohleausstieg-1.pdf~~

Der Kampf der GRÜNEN JUGEND Brandenburg gegen die Kohle kennt keine Landesgrenzen. So treten wir nicht nur in Brandenburg, sondern auch in Deutschland, Europa und der ganzen Welt für einen schnellstmöglichen Braunkohleausstieg, gegen die Klimakrise und für Perpektiven für (ehemalige) Kohleregionen ein.
Daher wird der Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Brandenburg beauftragt, mit einer für Mitglieder und Symphatsisant*innen offenen Arbeitsgruppe einen Antrag für einen diesjährigen Bundeskongress auf Basis von unserer Beschlusslage und neuen wissenschaftlichen Erkentnissen, sowie politischen Entwicklungen, zu verfassen.

Der Antrag soll mindestens folgende Eck- und Themenschwerpunkte enthalten:

- Das Erreichen der Klimaziele 2020
- Das Einhalten des 1,5 Grad Ziels
- Der Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2025
- Der dringende Reformbedarf beim Bundesbergrecht
- Die Weitergestaltung des Strukturwandels in (ehemaligen) Kohleregionen

Begründung

Meiner Ansicht nach ist es sinvoller, wenn wir Anträge aufgrund unserer Beschlusslage verfassen. Leider ist auch in dieser natürlich noch nicht alles enthalten. Damit das nachgeholt wird und es ein möglichst bunter Schreibprozess mit vielen verschieden Köpfen wird, halte ich die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, in der Mitglieder und Symphatisant*innen gleichberechtigt nach Lust und Laune mitgestalten können für sinnvoller, als eine reine Delegation an den Landesvorstand. Dass dieser eine koordinierende und strukturelle Rolle einnehmen sollte, ist aber natürlich klar. Die Eckpunkte sind eine Liste, die noch keinen Anspruch auf Vollsändigkeit hat. Sie enthält die in der vorgeschlagenen Überschrift der Ursprungsvariante genannten Punkte und wird gleichzeitig um das drängende Problem des Bergrechts und des Strukturwandels erweitert. Mit der Bergrechtnovellierung könnten neue Braunkohletagebaue verhindert werden. Gleichzeitig sehen wir in Brandenburg aber auch, dass der längst begonnene Strukturwandel in der Lausitz dringend mit sinnvollem Plan und Konzept unterstützt werden muss. In anderen (ehemaligen) Kohleregionen sieht es ähnlich aus. Das sollten gerade wir nicht unter den Tisch fallen lassen, sondern ernst nehmen und beim Kohleausstieg immer mitdenken!